

Chinesen bringen Luzern ans Limit

Zahl chinesischer Gäste mehr als verdoppelt – Stadt reagiert auf Kritik an Reiscar-Tourismus

In Luzern häufen sich Klagen über die Schattenseiten des touristischen Erfolgs. Nun will die Stadt Reisegruppen rascher durchschleusen – oder gar nicht mehr ins Zentrum – fahren lassen.

Fabian Fellmann

Die Touristenstadt Luzern steuert diesen Sommer auf einen Besucherrekord zu. «Wenn es so weitergeht, übertreffen wir sogar das Spitzenjahr 2012», sagt Marcel Perren, Direktor von Tourismus Luzern. Mehr als 5 Millionen Tagesaufenthalte und 1 Million Übernachtungen werden es voraussichtlich bis Ende Jahr sein – in einer Stadt von knapp 80 000 Einwohnern.

Für die Superlative sorgen die Asiaten: In der Stadt übernachteten mehr Touristen aus Fernost als aus europäischen Ländern. In der Region Vierwaldstättersee haben dieses Jahr schon mehr als 120 000 Besucher aus China, Taiwan und Hongkong geschlafen, 8 Prozent mehr als im Vorjahr und mehr als doppelt so viele als vor fünf Jahren. Und während die Inder zunehmend als Paare oder Familien kommen, reisen die allermeisten Chinesen gruppenweise in Reiscars an.

Der Erfolg bringt die Stadt an ihre Grenzen. «Was Luzern erlebt, ist erst der Anfang des chinesischen Tourismus», sagt Kurt Haerri, Präsident der Handelskammer Schweiz-China. «Will Luzern den äusserst erfolgreichen Wachstumspfad der vergangenen Jahre fortsetzen, muss die Stadt neue Lösungen suchen, sonst setzt sie den Goodwill der Bevölkerung aufs Spiel.»

Der Tourismusdirektor räumt ein, dass sich gegen Ende Saison Klagen aus der Bevölkerung häufen; Hauptthema ist der Verkehrskollaps beim Nadelöhr zwischen Bahnhof und Schwanenplatz. Bis zu 120 Reiscars pro Tag laden die Touristenscharen am zentral gelegenen Schwanenplatz aus, wo sie rasch den See fotografieren – und dann Luxusuhren kaufen. «Die Verkaufsumsätze mit dem Gruppen-Tourismus zeigen eine erfreuliche Entwicklung, aber zu gewissen Zeiten sind die Kapazitäten am Schwanenplatz überlastet», sagt Peter Bucher, der Wirtschaftsbeauftragte der Stadtverwaltung.

Brennpunkt Schwanenplatz

Die Branche hat sich nun vorgenommen, den Massentourismus für die Überarbeitung ihrer Strategie kritisch zu beleuchten. «Wir müssen uns überlegen, wie wir den Tourismus nachhaltig weiterentwickeln können», sagt Perren. Es brauche aber auch rasche Verbesserungen. Darum haben Tourismusverantwortliche und Stadtvertreter nebst einer Projektgruppe mit dem Namen «Gast» diese Woche auch eine Arbeitsgruppe «Schwanenplatz» gebil-



Kapellbrücke besuchen, Uhren kaufen: Luzern erfüllt für asiatische Touristen viele Träume. (23. August 2013)

Stadt am Anschlag

Luzerns touristische Hotspots



det. Diese sucht neue Wege, wie Luzern die Gruppen besser zwischen den Hotspots durchlotsen kann (vgl. Karte). «Wir könnten die Touristen beim bisherigen Car-Halteplatz aus dem Bus steigen lassen, dann über die Kapellbrücke führen und auf der anderen Seite der Reuss an einem neuen Platz wieder einsteigen lassen. So würden wir den Verkehr beim Schwanenplatz halbieren», sagt Tourismusdirektor Perren. Allerdings käme der neue Car-Halteplatz just bei der Bahnhofstrasse zu liegen, wo eine neue Flaniermeile entstehen soll. Die Luzerner stimmen im September darüber ab. Der Wirtschaftsbeauftragte bevorzugt darum eine andere Lösung: Touristen sollen in der Stadt aus dem Car steigen und nach dem Shopping mit einem Shuttle-Schiff zum Verkehrshaus fahren, wo sie vom Car abgeholt werden.

Erste Massnahmen hat die Stadt im Sommer 2012 ergriffen, nachdem ein älterer Mann von einem Reiscar tödlich verletzt wurde. Seither finanzieren die Uhren- und Souvenirgeschäfte

zusätzliches Sicherheitspersonal. Nun soll es einen Schritt weitergehen – jedoch nicht weit genug für Ronald Joho. Er wirbt als Mediensprecher für eine private Metro, die von einem Parkhaus nördlich der Stadt unterirdisch zum Schwanenplatz führen soll. 400 Millionen Franken wollen die Initiatoren von Investoren aufreiben. «Das Projekt kann schnell realisiert werden, wie eine Machbarkeitsstudie zeigt. Die Metro kann in drei bis vier Jahren gebaut werden. Sie löst alle Verkehrs- und Sicherheitsprobleme im Stadtzentrum», sagt Joho.

Die Ideen lösen in der Uhrenbranche nicht nur Freude aus. «Wir haben Anfang der 1990er Jahre den chinesischen Markt zu bearbeiten begonnen, damit wir jetzt die Früchte ernten können», sagt Jörg Baumann, Sprecher von Luzerns grösstem Uhrengeschäft, Bucherer. «Heute ist die Schweiz eine Traumdestination für Chinesen, und zu diesem Traum gehört für viele, sich eine schöne Uhr zu kaufen.» Man sei offen für Verbesserungen – wenn diese

das Geschäft nicht tangieren. «Für uns ist sehr wichtig, dass die Gäste direkt vor den Geschäften ein- und aussteigen können», sagt Baumann. Bei zu komplizierten Regeln würde Luzern rasch links liegen gelassen. Gegenüber dem Metro-Projekt sei man skeptisch.

Ausweichen in Agglomeration?

Noch weiter würde indes China-Kenner Kurt Haerri gehen: Wenn Luzern mit Shopping weiter wachsen wolle, sollen die Touristen ihre Uhren nicht mehr nur in der Stadt, sondern auch in einem speziell dafür eingerichteten Einkaufszentrum in der Agglomeration kaufen. «Hier könnte das Angebot durch einen vor Ort produzierenden Schokoladen-Confiseur und eine Schaukäserei bereichert werden. Das wäre eine gute Lösung, um das grosse weitere Wachstumspotenzial aufzunehmen», sagt Haerri. «Die Kapellbrücke und der Wasserturm sind tolle Luzerner Wahrzeichen, aber die chinesischen Touristen kommen in erster Linie wegen der Uhren nach Luzern.»

Kirchengemeinde



tors Martin Graf an der 50-Jahre-Feier zur staatlichen Anerkennung der Katholiken für Irritationen und scharfe Proteste des Churer Bischofs Vitus Huonder gesorgt.

Im Kern geht es bei den Auseinandersetzungen immer um Abgrenzungsprobleme zwischen den demokratischen staatskirchenrechtlichen Körperschaften (Landeskirchen und Kirchgemeinden) und der theologisch begründeten «Kirche» als Gemeinschaft der Getauften und ihrer hierarchischen Leitung mit den Bischöfen. Da in den meisten Kantonen die Landeskirchen Kirchensteuern erhalten, kreist der Konflikt oft um die Verwendung der Mittel bis hin zur Anstellung von kirchlichem Personal. Insbesondere in der Bistumsleitung von Chur dominieren Stimmen, welche die staatlich erhobenen und demokratisch verwalteten Kirchensteuern am liebsten abschaffen und die Landeskirchen damit entmachten würden.

Auch im «Vademecum» spielen Finanzen, Kirchenbegriff und Wahlprozedere eine zentrale Rolle. Die Wahl von Gemeindeleitern, heisst es im Papier, habe keinerlei kirchenrechtliche

Begründung und sei deshalb abzulehnen. Bestätigungswahlen von Priestern wiederum versties gegen die Religionsfreiheit. Der Pfarrer werde «erpressbar im Amt», begründet Paul Weibel, der als Kirchenrechtler am Dokument mitgearbeitet hat, «es darf nicht sein, dass ein Priester wie ein Politiker ständig auf seine Popularität spielen muss».

«Bedenklich» findet es Daniel Kosch, dass die Landeskirchen sich nicht als «Kirche» bezeichnen dürfen. «Die Landeskirchen sollen offenkundig auf ihre Funktion als reine Geldbeschaffer reduziert werden», sagt er. Kommissionsmitglied Weibel würde dagegen sogar so weit gehen, den Begriff der «Kirchensteuer» abzuschaffen, denn diese komme ja eben nicht der Kirche, sondern der Kirchgemeinde zugute.

Angesichts erster Reaktionen der Landeskirchen ist davon auszugehen, dass das «Vademecum» für einige Auseinandersetzungen sorgen wird. Mit-Autor Weibel sagt dazu nur, dies zeige, «dass das Papier einen Nerv getroffen hat und offensichtlich Klärungsbedarf besteht. Genau das war die Idee.»

Zürcher Steuerkommissär angezeigt und entlassen

Lukas Häuptli

Die Zürcher Finanzdirektion unter Regierungsrätin Ursula Gut (fdp.) hat diesen Sommer einen Steuerkommissär des kantonalen Steueramts wegen mutmasslich strafbaren Verhaltens entlassen. Zudem hat sie gegen den 42-jährigen Mitarbeiter Strafanzeige erstattet, wie Roger Keller, Sprecher der Direktion, entsprechende Informationen bestätigt. Weitere Angaben zum Fall macht er nicht.

Fest steht, dass der entlassene Steuerkommissär seit mehreren Jahren beim Steueramt gearbeitet hat und zuletzt unter anderem für die Veranlagung von Selbständigerwerbenden und Unternehmen in der Finanzwirtschaft und der IT-Branche zuständig war. Es handelt sich um einen Schweizer Staatsangehörigen.

Die Strafanzeige der Finanzdirektion ist Ende Juni bei der Zürcher Staatsanwaltschaft eingegangen, wie deren Sprecherin Corinne Bouvard sagt. Auch sie macht keine weiteren Angaben, und zwar mit Verweis auf den «frühen Verfahrensstand». Kommt

Ursula Gut

Die Finanzdirektion der Zürcher Regierungsrätin erstattet Anzeige gegen einen Steuerkommissär.



die Staatsanwaltschaft zum Schluss, dass gegen den Steuerkommissär ein Anfangsverdacht vorliegt und ein Strafverfahren gegen ihn zu eröffnen ist, muss sie beim Zürcher Obergericht eine entsprechende Ermächtigung einholen. Das sieht das Gesetz bei Verfahren gegen Beamte vor, zu denen auch Steuerkommissäre gehören. Ob beim Obergericht in diesem Fall bereits ein Antrag eingegangen ist, konnte das Gericht am Freitag nicht sagen.

Im Steueramt des Kantons Zürich arbeiten zurzeit rund 700 Mitarbeitende. Es war bis im Frühling von Adrian Hug geführt worden, der heute Chef der Eidgenössischen Steuerverwaltung ist. Ab nächstem Monat leitet Marina Züger das Zürcher Steueramt.